

„Das ist eine dumme Frage“: John Kerry blaft einen Reporter an als dieser ihn nach seinem „CO2-Fußabdruck“ in Davos fragte

geschrieben von Andreas Demmig | 20. Januar 2024



Jason Cohen Mitwirkender, 16. Januar 2024

John Kerry, Sondergesandter des US-Präsidenten für Klima, kritisierte einen Reporter, der ihn am Dienstag auf der Konferenz des Weltwirtschaftsforums in Davos nach seinem „CO2-Fußabdruck“ fragte.

John Kerry will seine Rolle später in diesem Winter aufgeben, um den Präsidentschaftswahlkampf von Präsident Joe Biden zu unterstützen. Er ist der Meinung, dass dies für ihn der effektivste Weg ist, seine bevorzugte Klimapolitik zu verfolgen. Er verweigerte Antworten zum „CO2-Fußabdruck“ der Davos-Konferenz. stattdessen schnauzte er den Rebel News-Reporter Avi Yemini deswegen an.

„Wie hoch ist der CO2-Fußabdruck dieser Veranstaltungen, wenn Sie jedes Jahr hierher kommen? Denken Sie, dass es sich lohnt? Müssen die kleinen Leute für ihre Verbrechen zahlen?“ fragte Yemini Kerry.

„Das ist eine dumme Frage“, antwortete Kerry.

Dann schubste ein weibliches Mitglied von Kerrys Gefolge den Reporter und sagte ihm aggressiv, dass das Interview beendet sei.

„Fassen Sie mich nicht an. Sie können uns kannst uns nicht anfassen. Wir haben eine freie Gesellschaft, Kumpel“, erwiderte Yemini. „Wir haben Pressefreiheit. Warum glaubt ihr, dass ihr wichtiger seid? Und euer Co2 Fußabdruck spielt keine Rolle.“

„Das habe ich nie gesagt“, knurrte Kerry. „Niemand hat das jemals behauptet. Erfinden Sie keine dummen Fragen.“

„Stellen Sie keine dummen Fragen“, wiederholte Kerry. Dann begann er, auf seine Arbeit für das Klima einzugehen, doch seine Ausführungen wurden unterbrochen.

In seiner Funktion als Klimabeauftragter hat sich Kerry um eine stärkere Zusammenarbeit mit China im Bereich des Klimawandels bemüht. Im Juli 2023 lobte er das Land für seine umweltfreundlichen Initiativen und erklärte, es leiste eine „unglaubliche Arbeit“. Er war während der

gesamten Präsidentschaft Bidens Klimabeauftragter und hat sich mit zahlreichen Staats- und Regierungschefs und Klimabeauftragten getroffen, wobei er wegen mangelnder Transparenz und mutmaßlicher Zusammenarbeit mit Hardliner-Umweltgruppen in die Kritik geraten ist.

Kerry versprach während des Bloomberg New Economy Forums im November in Singapur, Millionen von Dollar für einen internationalen Klimareparationsfonds bereitzustellen. Der Fonds würde Geld an arme Länder verteilen, die angeblich am stärksten vom Klimawandel betroffen sind.

All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2024/01/16/john-kerry-davos-carbon-footprint/>

Zum Thema

Der Klimaschutzgesandte von US-Präsident Joe Biden, John Kerry, hat an die Weltgemeinschaft appelliert, die Anstrengungen für den Klimaschutz zu erhöhen.

„Meine Erwartung ist, dass die Anstrengungen jetzt erhöht werden, um der Klimakrise zu begegnen, die global stattfindet“, sagte Kerry am Mittwoch beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos dem TV-Sender „Welt“. Seine Hoffnung sei, dass es gelingt, die Emissionen schneller zu reduzieren, als es gegenwärtig der Fall sei. Zuletzt hatte es Berichte gegeben, wonach Kerry bis zum Frühjahr aus Bidens Regierung ausscheiden will.

<https://www.ad-hoc-news.de/ausland/der-klimaschutzgesandte-von-us-praesident-joe-biden-john-kerry-hat-an/64602078>

**(RELATED: Biden Admin Unveils ‘Natural Gas Tax’ Proposal)
(Biden-Administrator stellt Vorschlag zur „Erdgassteuer“ vor)**

Die neue Richtlinie der Biden Regierung sieht vor, dass Unternehmen ab diesem Jahr eine Strafe von 900 US-Dollar pro Tonne Methan zahlen müssen, die über die von der Regierung festgelegten Grenzwerte hinaus ausgestoßen wird. Die Kosten für jede Tonne, die über den von der Regierung festgelegten Grenzwerten liegt, steigen im Jahr 2025 auf 1.200 US-Dollar und im Jahr 2026 und darüber hinaus auf 1.500 US-Dollar, laut EPA (Umweltbehörde).

Zusammengestellt und übersetzt durch Andreas Demmig